

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Ausstatter 1.50 Mk. für die Woche 6.10 Mk. für den Monat 18.00 Mk. für den Quartier 50.00 Mk. für den Monat. Postkontonr. Nr. 28 865. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 12. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die Sachsaftene Millimeterzeile oder deren Raum 1.00 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsstellen, Familiennachrichten, Beizeiten- und Veranlassungsangelegenheiten 0.40 Mk. Kellame: Die Millimeterzeile, Sachsaft oder deren Raum im Text 2.- Mk.

Die Großindustriellen aller Länder vereinigen sich

Ministerpräsident Briand hielt am 9. Oktober bei einem zu seinen Ehren veranstalteten Bankett in St. Kajaire eine Rede. Alle Angelegenheiten, die er im Namen der Nation erledigte, seien Bestangelegenheiten. Man habe gesagt, wenn er, Briand, gewisse Konzessionen vertweigern würde, könne Frankreich einen besseren Nutzen aus seinem Siege ziehen. Frankreich habe die größten Opfer gebracht; es habe ein Anrecht auf volle Reparation seiner Schäden. Wie sein Vorgänger habe er, um die Ausführung des Friedensvertrages möglich zu machen, in vollem Einverständnis mit Frankreichs Alliierten handeln müssen; ohne diese Solidarität wäre die Ausführung des Vertrages unmöglich. Aber niemals könne Frankreich alles erlangen, was man ihm schulde, weil es Dinge gäbe, die man nicht bezahlen könne.

Um den schlechtesten Willen des deutschen Militarismus zu besiegen, habe seine Regierung die Befehung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort beschlossen. Das seien Ereignisse von großer Bedeutung, die der Regierung nicht auf das Aktivkonto gebucht würden, während man von ihrem Debet großes Aufheben mache. Wenn man an 1871 erinnere, so vergesse man, daß der letzte Krieg alle finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse umgestoßen habe. Man vergesse auch, daß die Forderung Frankreichs durch das Schwanken des Wechselkurses ungeheuer vermehrt worden sei. Wie könne man da behaupten, die Forderung Frankreichs sei verhältnismäßig geworden und die Regierung habe nicht ihre Schuldigkeit getan?

Jetzt sei Frankreich nach Uebersee eingeladen. Man werde dahin gehen, um seine Dankeschuld abzutragen und um eine Pflicht gegenüber Frankreich zu erfüllen. Frankreich müsse gerüstet bleiben, so lange seine Sicherheit nicht gewährleistet sei. Frankreich habe ein Anrecht auf Reparationen und auf seine Sicherheit. In dieser Hinsicht werde die Regierung keinen Augenblick schwanken. Die französische Regierung habe Vertrauen zu der gegenwärtigen deutschen Regierung. In der Kammer werde er sich auszusprechen haben. Wenn ein genialer Geist das Geheimnis besäße, alles besser zu machen, als er, so werde er ihm sofort den Platz räumen. Er bleibe nicht an seinem Posten, aber bis zu diesem Beweise und so lange er das Schiff noch nicht im sicheren Hafen habe, wolle er die Hand am Steuer behalten. Briand spricht alsdann von den Reformen, die durchgeführt werden müßten, und von den Erbsparnissen, die man zu machen versuchen werde. Aber ein Staat könne nicht immer so handeln, wie eine Privatperson. Man müsse Arbeit schaffen, um die Zukunft sicherzustellen. Das Land verlange eine um-

fangreiche Tätigkeit. Es ist ein schönes und schickes Land. Das sei vielleicht ein etwas vulgärer Ausdruck, aber er gebe seinen Gedanken richtig wieder. Wenn man den Jammer höre, wolle man sich die Ohren verstopfen.

Briand sprach dann über die wirtschaftlichen Fragen, die der Friedensvertrag aufgeworfen hat. Er sagte, die Forderung an Deutschland habe, nachdem sie einmal festgestellt worden sei, einer Zahlung entsprochen, die alle Voraussetzungen überschreite. Die Zahlungsverpflichtung Deutschlands betrug 123 Milliarden Goldmark. Sie habe zur Zeit der Festsetzung einer Summe von 250 Milliarden Papiermark entsprochen. Vor einem Monat sei sie auf 2600 Milliarden, heute auf 4000 Milliarden Papiermark angewachsen. So änderten sich die Zahlungsmöglichkeiten. Wie könne man da sagen, daß Frankreichs Forderung verhältnismäßig wurde! Die Wahrheit sei, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Abhängigkeit der Völker von einander die Notwendigkeit erzeuge, die Schwankungen des Wechselkurses zu ertragen. Die Völker, deren Wechselkurs am höchsten sei, fanden in ihrem Reichtum selbst die Ursache der Verarmung, während Deutschland — das sei zwar paradox, weil es besiegt worden sei — gerade in dem schlechten Stand seiner Mark die Bedingung finde, die seine wirtschaftliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt begünstige. Angesichts einer solchen Lage müßten die Großindustriellen und die großen Finanzleute der Welt das Bedürfnis fühlen, solidarisch zu sein im Interesse aller Länder, da die Lage niemals das völlige Gleichgewicht wieder erlangen könnte, wenn die Weltsolidarität nicht hilfreiche Hand biete.

Die Rede Briands, eine Antwort auf die Anklagen Clemenceaus und der unentwegten Nationalisten, ist insofern von Bedeutung, als der französische Ministerpräsident auch seinerseits seine Zustimmung gibt zu den wirtschaftlichen Verhandlungen, die von englischen Staatsmännern wie Churchill und Lloyd George angeregt worden sind. Und es scheint aus der Rede Briands hervorzugehen, daß auch die französische Regierung zu Konzessionen, zu gewissen Erleichterungen der Reparationsforderungen bereit ist. Die Ausführung des Versailler Vertrages hat auch den Siegerstaaten keine Konsolidierung gebracht, und deshalb verjuchte man, während der Boden unter den Füßen schwankt, nach neuen Mitteln und Methoden, um den kapitalistischen Bau zu schützen. Wir wissen freilich, daß die Weltsolidarität der Großindustriellen und Finanzleute, von der Briand sprach, eine Illusion ist und bleiben wird.

Der Inhalt des Wiesbadener Abkommens.

Am 6. Oktober haben der deutsche und der französische Wiederaufbauminister, Rathenau und Loucheur, in Wiesbaden das langvorbereitete Abkommen über die deutschen Sachleistungen an Frankreich mit Zustimmung ihrer Regierungen vollzogen. Das Kabinett der „Erfüllung“ — so hat der Kanzler Wirth selbst in seiner Programmrede es getauft, als er die Annahme und Durchführung des Londoner Ultimatums versprach — hat auf dem Wege der Verflechtung des deutschen Kapitalismus mit dem Imperialismus der Entente einen großen Erfolg zu verzeichnen, während Frankreich in der Festigung seiner Vormachtstellung in Europa einen weiteren Schritt nach vorwärts tut. Was ist in Wiesbaden vereinbart worden?

„Die beiden Regierungen“, so beginnt das Abkommen, „erklären ihren ausdrücklichen Willen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Lieferung bzw. Befstellung von Einrichtungs- und Betriebsgegenständen und von Baustoffen in möglichst großem Umfange zu betreiben“. Gesteuert werden sollen außer den Sachleistungen, zu denen Deutschland schon nach dem Friedensvertrag verpflichtet ist, wie Schiffe, Kohlen usw. alle Gegenstände, die für den Aufbau der im Kriege verwüsteten Gebiete verwendbar sind.

Zur Durchführung der Lieferungen sollen „privatrechtliche Organisationen“, sogen. Lieferungsverbände, in Deutschland wie in Frankreich gebildet werden. Diese sollen über die einzelnen Leistungen freie Vereinbarungen schließen können. Wenn sie sich nicht einigen, entscheidet eine Schiedskommission, die aus einem Deutschen, einem Franzosen und einem vom Schweizer Bundespräsidenten ernannten Obmann zusammengesetzt ist.

Der Wert der Leistungen soll bis zum 1. Mai 1926 7 Milliarden Goldmark nicht überschreiten. Die Preisfestsetzung im einzelnen geschieht ebenfalls durch die Lieferungsverbände, im Streitfall durch die Dreimännerkommission.

Die Zahlung an den deutschen Lieferungsverband geschieht durch die deutsche Regierung. Dieser wird der Wert der Lieferungen auf das Reparationskonto in folgender Weise berechnet: Bis zum 1. Mai 1926 werden nur 35 Prozent, höchstens 45 Prozent, wenn nämlich die Lieferungen in einem Jahre unter einer Milliarde Goldmark bleiben, gutgeschrieben. Der Höchstbetrag, der Deutschland in einem Jahre gutgeschrieben werden darf, ist eine Milliarde Goldmark. Der nicht gutgeschriebene, also kreditierte Betrag, wird mit 5 Prozent verzinst. Am 1. Mai 1926 wird die Summe dieser nicht gutgeschriebenen Restbeträge bis zum 1. Mai 1936 in zehn gleichem Jahresraten nebst Zinsen gutgeschrieben. Die jährliche Gutschrift darf auch jetzt eine Milliarde Goldmark nicht überschreiten. Am 1. Mai 1936 wird festgestellt, welche Beträge Deutschland etwa noch gut hat; sie sind dann nebst 5 Prozent Zinsen und Zinseszinsen in 4 Halbjahresraten 1936 und 1937 zu tilgen.

Dieses Abkommen bedeutet zweifellos einen großzügigen Versuch, den Kapitalismus der Welt mit allen Mitteln zu stärken. In dem die deutsche und französische bürgerliche Regierung sich über die Streitfrage des Wiederaufbaues verständigen, beseitigen sie die zwischen ihnen bestehenden Spannungen und geben damit ihren Kapitalisten die Möglichkeit der „friedlichen“ Ausbeutung ihres Proletariates; sie sichern den Verdienst und erhöhen die Kapitalprofite.

Dieser Zweck wird dadurch erreicht, daß das Abkommen die Wiedergutmachung der Kriegsverwüstungen zum nackten kapitalistischen Schachergeschäft zwischen dem deutschen und französischen Kapital macht. „Sachliche Geschäftsmäßigkeit“ nennt das die Zeitung des Herrn Stinnes, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Rathenau und Loucheur sind eben deshalb Wiederaufbauminister, weil sie beide führende Industriekapitäne in ihren Ländern sind. Die Staatsmacht ist in ihren Händen ohne jede Verhüllung die willfährige Dienerin kapitalistischer Interessen geworden. Von nun an brauchen die Minister des Auswärtigen sich nicht mehr in diplomatischen Verhandlungen zu bemühen, wenn sie die Wiedergutmachung durchsetzen wollen. Die „privatrechtlichen Organisationen“ Frankreichs und Deutschlands sorgen schon dafür. In freier Vereinbarung legen sie die Preise und Profite für ihr Wiedergutmachungsgeschäft fest. Rathenau und Loucheur haben aber durch ihre Auftraggeber gearbeitet: die Beseitigung der Kriegsverwüstungen wird ihnen zum Milliardenfegen genau so wie es die Kriegsverderberungen selbst mit den Munitionslieferungen geworden sind.

Für den französischen Imperialismus bedeutet das Abkommen einen großen Erfolg. Zwar gibt in scheinbarer Umkehrung der bestehenden Machtverhältnisse, Deutschland für seine Lieferungen Frankreich Kredit, da nur 35 bis 40 Prozent zunächst auf die Reparationsleistungen Deutschlands gutgeschrieben werden, während der Rest von Frankreich zu machenden Lieferungsleistungen, diesem gestundet wird. Aber diese Kreditgewährung Deutschlands an Frankreich ist nur eine Verflechtung dafür, daß Frankreich mittels dieses Abkommens seine politische und wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa sich sichert. Es erhält nicht nur die Kriegsschäden endlich beseitigt und stellt damit die Massen zufrieden, die immer noch unter den Kriegsverwüstungen litten; nicht nur verdienen sie in der

Generalfreist in Triest.

Infolge eines einheitlichen Beschlusses ist in Triest Anfang Oktober der Generalfreist in Kraft getreten. Die Arbeit ruht vollständig. Wasser- und Elektrizitätswerk werden von Soldaten bedient. Die Bevölkerung sympathisiert mit den Streikenden. Die Regierung schickt ein Truppenaufgebot von 6000 Mann nach Triest.

Die Kommunisten, die die Leitung des Generalfreists in Händen haben, stellen ein Ultimatum, in dem sie die Wiedereröffnung der Betriebe unter den Bedingungen, wie sie die Streikenden aufgestellt haben, fordern. Im Falle der Ablehnung des Ultimatus soll der Kampf verschärft werden.

Der Kampf der französischen Textilarbeiter geht weiter.

Wie der „Peuple“ aus Roubaix meldet, haben die Unternehmerverbände beschlossen, die Verhandlungen als abgeschlossen zu betrachten. Es ist zu bemerken, daß es sich noch immer um die Lohnkürzung von 20 Centimes pro Stunde handelt und daß vermittelnde Vorschläge des Arbeitsministers, eine Lohnkürzung um 10 Prozent vorzunehmen, nicht die Zustimmung bei den Parteien gefunden haben.

Ausbreitung des Steuerfreis in England.

Wie aus London gemeldet wird, hat eine dritte proletarische Gemeinde Groß-London den Steuerfreist beschlossen, es ist dies Stephen. Die Stadtverordnetenversammlung dieser Gemeinde hat mit 29 gegen 21 Stimmen beschlossen, die staatlichen Steuern nicht mehr einzuzahlen, solange nicht die verhafteten Stadträte von Poplar freigelassen sind. Ferner verlangt die Gemeinde eine gerechte Verteilung der Lasten, die aus der Arbeitslosen-Unterstützung erwachsen. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte, daß die Regierung die bezügliche Resolutionen noch nur in den Papierkorb werfe, also wolle man zur direkten Aktion schreiten, so wie Irland es getan habe. — Der Vorstand der englischen Arbeiterpartei wird zusammen mit den Londoner sozialistischen Parlaments-Abgeordneten und mit dem ausgebildeten Generalrat der englischen Gewerkschaften eine Sitzung abhalten, die zum Erwerbslosen-Problem Stellung nehmen soll.

Der Aufstand in Indien.

Der bewaffnete Aufstand der Noplahs in Zentralindien breitet sich immer mehr aus. Die Regierung gibt zu, daß die Aufständischen sich aus 10 000 Bewaffneten zusammensetzen. Der Widerstand nähme zu, und das Ende der Erhebung sei noch nicht abzusehen. Der Noplah-Aufstand weiß freilich

Eigenarten auf, die den Führern der indischen Revolutionsbewegung nicht erwünscht sein werden. Die Noplahs sind jamaatische Mohammedaner, die gegen die Hindus ebenso vorgehen wie gegen die Europäer. Englische Zeitungen berichten, daß im Aufstandsgebiet die Hindus mit Gewalt gezwungen werden, zum Islam überzutreten. Diese Redungen sind zum Teil übertrieben, enthalten aber einen wahren Kern. Die ungezählten Millionen furchtbar ausgebeuteter Kleinbauern Indiens sind zwar bereit, ihr Joch revolutionär abzuschütteln, aber sie sind vielfach noch in solchen religiösen Vorurteilen befangen, daß es den aufklärten Führern schwer fallen wird, die Bewegung überall in die richtigen Wege zu leiten. Die politisch denkenden Führer sind schon längst darüber klar, daß die Angehörigen der beiden großen Religionen des Landes einmütig gegen den englischen Kapitalismus zusammengehen müssen, aber bei den breiten Massen hat sich diese Erkenntnis noch nicht überall durchgesetzt. Das aufklärteste Element der indischen Bevölkerung sind die großstädtischen Industriearbeiter, die ihre Lohnbewegungen immer mehr mit dem nationalen Befreiungskampf im Einklang bringen.

Bessjura in Besarabien.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Jassy: Der General-Selmann der Ukraine, Dobrodin Bessjura, ist mit seinem Gefolge und Stabe aus Larnow hier eingetroffen und hat mit der Bildung einer ukrainischen Regierung begonnen.

Diese Nachricht beweist, daß die rumänische Regierung ihre provokatorische Politik gegen Sowjetrußland fortsetzt. Bessjura ist der Mann, der in erster Linie die Ränderhanden, die von Oligarchen in die Ukraine eingefallen sind, um die Getreidetransporte zu stören, organisiert hat. Wenn die rumänische Regierung zuläßt, daß auf dem Gebiete, das ihrer Souveränität untersteht, Bessjura eine „ukrainische Regierung“ bildet, dann bedeutet das einen offenen feindlichen Akt gegen die Sowjetrußland und gegen Sowjetrußland. Diese Nachricht, in Zusammenhang gebracht mit den „Herbstmanövern“ in Rumänien, mit der teilweisen Mobilmachung in Polen, zeigt von neuem den ganzen Ernst der Lage.

Russische Millionenaufträge für Lanz.

Die Maschinenfabrik Lanz hat vor einigen Tagen einen Auftrag der Sowjetregierung von vielen Millionen erhalten, mit dessen Ausführung sie zurzeit beschäftigt ist. Es handelt sich um große Mengen Dreschmaschinen, die zu liefern sind. Die Aufträge dürften bis Anfang nächsten Jahres die Fabrikationsleistung von Lanz in Anspruch nehmen.

Lieferungsverbänden zusammenschlossenen Kapitalisten an den Wiedergutmachungs-Geschäft; tatsächlich wird Deutschland zu enormen Leistungen verpflichtet, ohne daß Frankreich in Wirklichkeit in bar etwas zu zahlen hat. Denn die komplizierten Zahlungs- und Verpfändungs-Abkommens-bedingungen in Wahrheit die Aufhebung jeder Zahlungs-verpflichtung Frankreichs. Gleichzeitig aber bekommt der französische Imperialismus durch die Leistungsverpflichtung Deutschlands eine Machtstellung innerhalb der deutschen Industrie selbst. Indem der französische Lieferungs-trust mit dem Lieferungs-trust der deutschen Kapitalisten unmittelbar über die Leistungen und Lieferungen verhandeln kann, wird ihm der Weg zur Beteiligung an der deutschen Industrie geöffnet. Das ist es vor allem, was England fürchtet. Wenn es jetzt Einspruch gegen das Wiesbadener Abkommen erhebt, so nicht nur deshalb, weil es besorgt ist, den französischen Absatzmarkt zu verlieren, sondern vor allem deshalb, weil es in der Herrschaft des französischen Kapitalismus über die deutsche Industrie eine Gefahr für seinen eigenen Imperialismus und seine eigene politische Machtstellung in Europa sieht. Wenn dieser Gegensatz zwischen England und Frankreich heute noch nicht akut ist, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß England den Herren Rathenau und Loucheur bald einen Strich durch die Rechnung macht, trotz aller Versuche des deutschen Kapitals, auch mit England zu einer „fruchtbringenden“ Verständigung zu kommen.

Denn auch für den deutschen Kapitalismus bedeutet das Abkommen reichen Gewinn. Bis zum 1. Mai 1926 findet Deutschland in Frankreich einen Absatzmarkt für 7 Milliarden Goldmark Waren. Der deutsche Kapitalismus kann 7 Milliarden, das sind nach dem heutigen Kurs 150 Milliarden Papiermark, in den nächsten 4 1/2 Jahren mit aller Sicherheit in Frankreich realisieren. Ein gutes und klares Geschäft für die deutsche Großindustrie, das um so gefährlicher ist, als für die Zahlungen der Lieferungen nach der ausdrücklichen Bestimmung des Abkommens ja die deutsche Regierung einzutreten hat. Die deutschen Unternehmer bekommen sofort in bar bezahlt.

Wie die deutsche Regierung selbst sich das Geld verschaffen soll, macht diesen Patriotisten wenig Sorge. „Die Finanzierung wird selbstverständlich nur im Wege des Kredits erfolgen können“, schreibt die „Vossische Zeitung“, und sie meint, daß dieselben Leistungsverbände, die die Sachleistungen auszuführen haben, gleichzeitig die Träger der Kreditaktionen sein könnten. Die deutschen Unternehmer wollen also nicht nur an den Lieferungen verdienen, sondern auch noch die Profite des der deutschen Regierung zu gewährenden Kredits. Ja, ihr Plan geht noch weiter; sie wollen mit dieser Kreditaktion das berühmte Kreditangebot der deutschen Industrie — dem Reiche eine Milliarde Goldwerte zu kreditieren — verbinden, durch das sie vor einigen Wochen die Ebert-Republik in ihre Gewalt zu bekommen trachteten. Gelingt das, so bekommt die Regierung aus jenem Kreditangebot überhaupt nichts; sie muß aber selbstverständlich Zinsen dafür bezahlen. Kurz: die umgefärbte Kriegswirtschaft. Nicht mehr der Staat versucht, Einfluß auf die kapitalistische Produktion zu bekommen, sondern das Unternehmertum exponiert den Staat in der unerbittlichsten Form.

Und die Schlüsselwirkung ist dann die, daß, wie bisher, die Regierung sich durch die Notizenpresse und durch neue Milliarden Steuern das Geld für die Zahlungen der Lieferungen an die deutschen Kapitalisten verschaffen muß.

Die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs hat das Wiedergutmachungsproblem für sich gelöst: die Last des neuen Abkommens fällt allein auf die Schultern der Arbeiter. Diese werden nicht nur noch schlimmer als bisher unter den Folgen der Geldentwertung und unter dem Steuerabzug des bürgerlichen Staates zu leiden haben, sie müssen, wenn das Abkommen durchgeführt wird, in doppelter Ausdehnung für die deutschen und französischen Kapitalisten arbeiten. Doppelte Schröpfung für das Kapital ist der Sinn von Wiesbaden. Die deutschen Lieferungsverbände sind durch die Wiesbadener Vereinbarungen zu Eingliedern der Wiedergutmachungsaktion des französischen Imperialismus geworden, und sie treiben sie ein, indem sie sich als Provision selbst ungeheure Wiedergutmachungsgewinne durch Rathenau zuschanzen lassen. Das erhöhte Streben nach der Aufhebung des Achtstundentages, nach der weiteren Herabdrückung der Reallohn der deutschen Arbeiter ist die unvermeidliche Folge der Wiesbadener Vereinbarung.

Damit ist aber auch gesagt, woran schließlich dieser wie jeder Versuch zur Sanierung des Kapitalismus scheitern muß: An der Rebellion der von ihm in Elend und Hunger gefesselten arbeitenden Massen.

Das Wiederabstimmen von Wiesbaden.

Die am 7. Oktober in Wiesbaden von den Ministern Rathenau und Loucheur unterzeichneten Wiederabkommen haben folgenden wesentlichen Inhalt:

Drei Abkommen beziehen sich auf die Ablösung der Franzosen gegenüber geschuldeten Reparationen. Die Stillierung von Industriematerial hört am 6. Dezember 1921 auf. Danach werden lediglich diejenigen Maschinen noch zurückgeliefert, die vorher abgezogen worden sind. Im übrigen bleibt das auf deutschem Gebiet noch vorhandene, aus Frankreich weggeführte Material endgültig in demselben Land. Dafür liefert Deutschland an Frankreich binnen 8 Monaten 12000 Tonnen Industriematerial, die nach Art und Gewicht dem bereits zurückgelieferten Material entsprechen. Außerdem bekommt sich Deutschland Frankreich gegenüber als Schuldner einer Summe von 15 Milliarden Goldmark, die im Verlauf von fünf Jahren, beginnend am 1. Mai 1923, in gleichen Jahresraten im Wege der Kapfütterung gegen Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Deutschland, in Ermangelung solcher Verpflichtungen durch Barzahlung, zu tilgen sind.

Die Stillierung von rollendem Eisenbahnmateriale wird am 6. Oktober beendet. Zur Stillierung der weitestgehenden Stillierungsverpflichtungen wird Deutschland an Frankreich 400 neue Fahrzeuge liefern.

Die Reparationen der von Deutschland an Frankreich nach Deutschland verschuldeten Werte wird durch die Lieferung von 6200 Fahrzeugen, 2000 Maschinen, 2500 Schienen und 4000 Eisenbahnräder abgelöst. Außerdem hat Deutschland gegen Frankreich eine Reparationsanleihe von 1200 Millionen an Frankreich zu liefern.

In allen drei die Reparationen betreffenden Abkommen ist ausdrücklich bestimmt, daß nach Aufhebung der herein bezogenen Lieferungen Deutschlands Frankreichs gegenüber keine Verpflichtungen aus Artikel 23 des Friedensvertrages erfüllt ist.

Das dritte Abkommen bezieht sich auf die Stillierung von Eisenbahnmaterial, die es teilweise auch die Lieferungen an Italien, Italien und Belgien betrifft, der Zustimmung der Reparationskommission.

glen, Italien und Belgien betrifft, der Zustimmung der Reparationskommission.

Deutschland verpflichtet Frankreich gegenüber für die Lieferungen über Rotterdam, Antwerpen, Gent und andere norddeutsche Häfen auf den Nordsee; es erhält für diese Lieferungen den deutschen Inlandspreis plus Transportkosten. Deutschland hat das Recht der freien Ausfuhr seiner Kohlen, wenn es die Anforderungen der Reparationskommission erfüllt; dabei werden jedoch Kohlensteuer und jede Kohlenart besonders betrachtet. Werden also Kohlen eines bestimmten Herstellers oder einer bestimmten Art nicht angefordert, so ist Deutschland in der Verfügung über diese Kohlen vollkommen frei. In der Höhe des Wertes von so ausgeführten Kohlen, berechnet nach dem deutschen Inlandspreis, wird Deutschland à conto Jahreslieferungen auf seine Zahlungsverpflichtungen machen. Die Stillierten verpflichten sich, die von Deutschland gelieferten Kohlen nur für den eigenen Bedarf und den ihrer Kolonien und Protektorate zu verwenden. Deutschland kann bei etwaiger Ausführung der unter Artikel 229 aufrechterhaltenen Vorkriegsverträge bis zu 150000 Tonnen monatlich der so gelieferten Mengen auf die anderen Stillierlieferungen an Frankreich anrechnen. Der Erlös solcher Lieferungen wird auf Reparationskonto eingezahlt. Außerdem wird das im Juli zwischen deutschen und französischen Sachverständigen über den Transport der Kohle auf dem Wasserwege geschlossene Abkommen von beiden Regierungen genehmigt.

Die Brüsseler Konferenz zur Hungerfrage.

Als in der vergangenen Woche die Vertreter einer Reihe von Staaten, darunter auch Deutschland, in Brüssel zusammenkamen, um über die Hilfe für die hungernden Sowjetrusslands zu beraten, da schrieb der „Daily Herald“:

„Wir fürchten, daß man auch hier keine positive Arbeit leisten wird; man wird neue Entschuldigungen für die Verweigerung der Hilfe diskutieren, vielleicht auch die ganze Frage einer anderen Körperschaft übergeben, um sie auf diese Weise hinauszuschieben. Denn es ist kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß die Politik der Entente-Regierung sich geändert hat. In Brüssel wird man dasselbe tun, was man in Paris und in Genf getan hat: nichts! Das heißt, man wird nichts für die Bekämpfung der Hungersnot tun. Andere Dinge dagegen wird man beraten. Man wird sich im allgemeinen über die russischen Angelegenheiten unterhalten. Denn all die Interventionisten und die verbissenen Haßer des roten Rußland werden versammelt sein. Es ist eine gefährliche Versammlung, und nur Schlimmes kann daraus entstehen.“

Die Prophezeiungen des „Daily Herald“ sind vollinhaltlich eingetroffen. Folgende Beschlüsse sind in Brüssel gefaßt worden:

1. Die Not ist in Rußland so groß, daß die Privathilfe nicht ausreichen kann und daß die Regierungen eingreifen müssen, jedoch unter der Bedingung, daß genügend Garantien

Für hundert Millionen Franken wäre der Hunger im Wolgagebiet gestillt.
Für hundert Millionen Franken baut man einen halben Dreadnought! Nicht einen halben Dreadnought opfern die Kapitalisten, um 20 Millionen Menschen vom Tode zu retten!
Arbeiter! Sowjetrußland ist ein Dreadnought der Weltrevolution!
Zu Eure Pflicht!

für eine gerechte Verteilung gegeben werden. Jedes große Volk sollte berechtigt sein, einen Delegierten zu entsenden.

2. Die private Rehabilitation soll organisiert werden, und zu diesem Zwecke sollen die Hilfsquellen jeder Nation festgestellt werden. Ein Bericht soll vor dem 1. November von jeder Regierung eingereicht werden.

3. Die Rettung der Kinder soll auf den jetzigen Bahnen entwickelt werden.

4. Das Hilfswort soll nicht vorläufig sein, es soll vielmehr die Ursache des Uebels andeuten. Die macht eine Untersuchung im Lande selbst unentbehrlich.

5. Eine Sachverständigenkommission soll in Rußland eine Untersuchung beginnen und einen ausführlichen Bericht der Kommission vorlegen. Nur auf der Basis dieses Berichtes wird es möglich sein, von den Regierungen die nötigen Kredite zu erlangen.

6. Wie die Lage auch sei, wird es nur möglich sein, eine Hilfsaktion der Regierungen zu organisieren, wenn normale wirtschaftliche Umsätze in Rußland wieder hergestellt werden, und wenn die Arbeiter frei schaffen und frei das Ergebnis ihrer Arbeit genießen können, wenn das Vertrauen vorhanden ist, ohne welches kein Außenhandel zu denken ist.

7. Dieses Vertrauen kann nur bestehen, wenn die alten Verpflichtungen anerkannt worden sind. Die Regierungen werden ihre Kredite unter folgenden Bedingungen gewähren:

- a) Die Sowjetregierung wird die Kriegsschulden anerkennen, wie auch die anderen von Rußland eingegangenen Verpflichtungen.
- b) Die Garantie für diese Kredite wird normal und gerecht sein.
- c) Die gewährten Kredite werden nur nach den Anweisungen zur Anschaffung der nötigen Lebensmittel verwendet werden. Die oben angegebenen Bedingungen haben keinen politischen Charakter.

Diese Beschlüsse der Brüsseler Konferenz haben folgende Bedeutung:

- 1. Die kapitalistischen Regierungen werden nichts tun, um die Hungersnot in Rußland wirklich zu bekämpfen;
- 2. Um dieses verbrecherische Verhalten zu maskieren, hat man Kommissionen eingesetzt, über deren Zusammenfassung man nichts weiß, die aber nach allem Vorausangehen einen konterrevolutionären Charakter haben werden;
- 3. Eine nichtbeabsichtigte Hilfe wird — wie aus dem Paragraphen 6 hervorgeht — abhängig gemacht von der restlosen Wiederherstellung kapitalistischer Zustände in Rußland;
- 4. Die nichtbeabsichtigte Hilfe wird weiter abhängig gemacht von einer Verplattung der russischen Arbeiter nach Rußland durch die Kapitalisten der Entente und Amerikas.

Die kapitalistischen Regierungen werden den hungernden Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands keine Hilfe bringen. Der noch einige Hoffnung hatte, der nun sie jetzt, nachdem die Brüsseler Beschlüsse bekannt geworden sind, begraben. Aufgabe der Propagandisten aller Länder ist es, ihre Aufregungen zu veranschaulichen, um die Sowjetregierung in ihrem heroischen Kampf gegen Hunger und Konterrevolution zu unterstützen.

Die Komödie in Briesen.

Kein Mensch in Deutschland hat die Aufforderung der SPD-Führer an die Unabhängigen zum Eintritt in die Regierung für mehr gehalten als für einen Fälschertrick zur Verhöhnung der sozialdemokratischen Arbeiter. Von vornherein stand fest, daß die Parteien, mit denen die SPD. koalitiert ist und auch bleiben wird, Zentrum und Demokraten, eine Regierungsabstimmung mit den Unabhängigen ablehnen würden. Nachdem dies in aller Form geschehen und das Spiel vor den Augen aller Welt aufgedeckt ist, halten die SPD.-Führer die sozialdemokratischen Arbeiter immer noch für die einzig Dummen im Lande. Sie haben folgenden Brief an die Unabhängigen gerichtet:

„Berlin, den 6. Okt. 1921.“

An den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin.

Werte Genossen!

Der Briefwechsel, den wir in den letzten Tagen wegen der Umbildung der Regierung mit der demokratischen und der Zentrumspartei geführt haben, ist Ihnen aus der Veröffentlichung in der Presse (siehe „Freiheit“ Nr. 457 vom 6. Oktober 1921) bekannt. Sie haben aus ihm die Stellungnahme dieser beiden Parteien ersehen.

Der Vorstand der SPD. hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Ergebnis dieses Briefwechsels befaßt und muß es seinerseits ablehnen. Ihre Partei, insbesondere wegen Ihrer Haltung zu den politischen Problemen der Vergangenheit, wie das in dem Schreiben des Herrn Koch gewünscht wird, zu eraminieren.

Für die weitere Stellung unserer Partei zur Umbildung der Regierung wäre es für uns vor allem wertvoll, zu wissen, ob die USPD., die seit Annahme des Londoner Ultimatus die Regierung Wirth in der Loyalen Erfüllung des Ultimatus und in der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt hat, bereit ist, vorbehaltlich der Festlegung des Regierungsprogramms im einzelnen, in dieses Kabinett Wirth einzutreten. Unsere Partei legt auf den Eintritt der USPD. in das Kabinett Wirth den größten Wert, weil dieses damit eine sichere parlamentarische Mehrheit erhielte, was uns vor allem im Hinblick auf die Steuerpolitik der nächsten Zukunft und auf die Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen dringend geboten erscheint.

Mit sozialdemokratischem Gruß
(gg.) Hermann Müller.

Die Antwort der Unabhängigen auf diesen Brief, der heute mehr denn je als eine freie Larve wirken muß, weist zunächst darauf hin, daß der „Vormarsch“ selbst erklärt habe, niemand würde erwarten, daß diese Briefschreiberei noch zu einem positiven Ergebnis führt.“ Dann heißt es:

„Nachdem feststeht, daß von den drei gegenwärtigen Koalitionsparteien zwei eine Erweiterung der Koalition nach rechts wünschen und nicht nach links, hat Ihre wiederholte Frage keinerlei aktuelle und praktische Bedeutung mehr. Wir haben daher keine Veranlassung, eine gemeinsame Sitzung der Parteileitung und der Reichstagsfraktion einzuberufen, damit sie zu der völlig gegenstandslosen Frage Stellung nehmen.“

Wie wir bisher zu dem Kabinett Wirth gestanden haben und in Zukunft stehen werden, haben wir in unserer Antwort vom 1. Oktober klar ausgesprochen. Galt die Regierung ihre Politik im Rahmen der dort aufgestellten Forderungen, so ist ihr eine parlamentarische Mehrheit in der Steuerpolitik der nächsten Zukunft“ und in der Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen“ sicher.“

Es bleibt also dabei: die Unabhängigen unterstützen die Regierung Wirth und sind sehr betrübt, daß man ihnen nicht gestattet, mit Zentrum und Demokraten die Ministerstühle zu teilen. Die USPD. hat nunmehr auch äußerlich aufgehört, eine Partei des revolutionären Kampfes zu sein. Ihre Führer machen sie zu einem Anhängel der Politik der Bourgeoisie und ihrer Regierung, zu einer SPD. am Kapentisch.

Franz Krüger im Spiegel der Chemnitzer Sozialdemokraten.

Franz Krüger, Mitglied des Parteivorstandes der SPD., der in Görlich der eifrigste Verteidiger der Koalition mit der Stimmepartei war, wird in der Chemnitzer „Volkstimme“ in einer Antwort auf seine Angriffe gegen die sogenannte Chemnitzer „Linie“ folgendermaßen charakterisiert:

Machen wir den Satz frei von der subjektiven Deutung Krügers des Begriffs „Ueberheblichkeit“ und bleiben wir bei der sachlichen Feststellung der politischen Linie, so muß gesagt werden, daß die Politik des Genossen Krüger, die bis zur letzten Stunde mit Koalition ging, solange er die Macht hatte, und sich im gleichen Moment gegen ihn richtete, als er gestürzt war, die heute links und morgen rechts und übermorgen wieder links eingestuft ist, daß eine solche Politik allerdings nicht den Anspruch auf Prinzipienfestigkeit und Klarheit machen kann.

So werden die Schöpfer des Görlicher Beschlusses von ihren eigenen Parteigenossen betrachtet.

Sozialdemokraten gegen die Koalition.

Auf dem Bezirksparteitag der SPD. in Mecklenburg, wo bekanntlich schon eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei beabsichtigt, erklärte der Korreferent Dr. L e b e r:

„Die Frage in Görlich war ja nicht die allein, mit welcher Partei wir uns koalieren können, sondern, ob wir nach rechts oder nach links gehen wollen. Wir haben den Weg nach rechts vorgezogen und nicht aus Arbeiterinteresse, sondern wegen der Frage der Reparationen, wegen der Goldmilliarden. Die Volksparteiler haben uns die Goldmilliarden angeboten. Dieses Angebot war eine Unberschämtheit, denn es ist erfolgt, nur die Arbeiterschaft zu täuschen, um sich von einer wirklichen Fajstung zu brücken.“

Die Annahme dieses Angebotes war eine politische Unklugheit, denn das Bürgertum streift nur ein, die Eingkeit des Proletariats.

Bei der Aufbringung des Görlicher Beschlusses hat der Parteivorstand nicht mit den Mitgliedern geredet. Diese wußten sich mit Recht gegen eine solche Ehe. Wenn uns nun auf Grund des Görlicher Beschlusses die Volkspartei mit den Hols fällt, so haben wir damit nichts erreicht. Im Frühjahr werden wir gezwungen sein, aus der Koalition auszuscheiden und dann stehen wir belastet mit Görlich da und unserem Verlegen während der schweren Wintermonate, weil wir während dieser der Koalition zuliebe keine Schritte führen konnten.

Wenn die Volkspartei mit uns in die Regierung will, so bedauern wir ihre schändliche Hand über das hatten soll, was ihr für in den kommenden Wintermonaten wegnehmen müssen, den Selbsten!

Ein Wilmarer Delegierter erklärte, daß das Proletariat... die Koalition aber sei ein Gemischt des Kampfes.

Darauf erklärte Mostmann, einer der hervorragenden... der Wilmarer Delegation, die Koalition aber sei ein Gemischt des Kampfes.

Große Kartoffelernte in Pommern — Kartoffelknappheit für die Arbeiter.

Ein Genosse schreibt uns aus Pommern: Eine Kartoffelernte, wie sie seit Jahren nicht zu verzeichnen...

Es wird die Beschränkung ausgesprochen, daß es nicht möglich sein wird, alle Kartoffeln zu ernten; zumal schon jetzt...

Kürzlich wurde gerade aus Pommern in der junkerlichen... die Kartoffelernte, sondern auch die Kartoffelfernte eine Katastrophe...

Die Preise steigen weiter.

Die Benzolhöchstpreise sind von 560 auf 690 M. erhöht worden. Der Verband Deutscher Textilemaschinenfabriken hat beschlossen...

Auf dem Metallmarkt sind in den letzten Tagen „erhebliche Preissteigerungen“ verzeichnet worden.

Die Deutsche Seefisch-Hanbels-A.G. in Cuxhaven hat einen Reingewinn von 615 000 M. und verteilt 18 Prozent Dividende.

Erhöhung der Eisenbahntarife um 35 Prozent.

Anfänglich: Durch die am 1. September erfolgte Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter sowie durch die Steigerung der Preise aller Materialien erwächst der Reichs-

Diese Maßnahme, die verteuert auf sämtliche Produkte wirken muß, bedeutet praktisch eine indirekte Steuer für das Proletariat.

Der Lohnabzug als Prostitution.

Die abschlägige Antwort des Reichsfinanzministers wegen Vergütung für feuertechnische Arbeiten der Arbeitgeber im Interesse der Finanzämter beim Lohnabzug wird die Bereinigung...

Wenn der Lohnabzug mit so großen Unkosten und Beschwerden verknüpft ist, so wird es am Proletariat nicht liegen. Es wird auf diese Einrichtung gern verzichtet.

Der Geist in der Flasche.

Von August Strindberg. (Schluß.)

„Ja, der bin ich!“ „Haben Sie James Anderson gesehen?“ „Nein, aber ich kenne ihn doch!“ „Gut! Das tue ich auch, um so mehr, als ich mit ihm verwan-

Als die Rechnungsjammer den Protest empfing, mußte die Ersistenz der Stiftung und des Stifters erst befähigt werden; darum wurde ein Schreiben an den Gesandten nach Washington geschickt.

Der Belberter Spitzelkumpf.

Allen Schandtaten der Klassenjustiz gegen revolutionäre Arbeiter wird durch die Art die Krone aufgesetzt, in der man die angeblich an der Auslösung der Räterepublik in Belberter Beteiligten jahrelang durch die Untersuchungsanstalt durch die preußischen Gesandnisse geschleppt hat.

Als bei der Vernehmung Schröder der Gerichtshof die Schilderung der Qualen während der Untersuchungsanstalt nicht hören wollte, erklärte der Verteidiger, Dr. Wolf:

„Es ist die Pflicht des Reichsgerichts das anzuhören, um für Abhilfe sorgen zu können, sonst muß man annehmen, daß sich das Reichsgericht mit diesem ungeheuerlichen Vorgehen solidarisiert.“

Schröder sagt aus, daß bei seiner Verhaftung der Sipso-Major wie ein Indianerknecht in ein Zimmer gestürzt sei. Die Sipso-Mannschaft habe ihm später erklärt, daß auch sie von diesem Major oft Backpfeifen bekomme.

Bei seiner Vernehmung stellt sich heraus, daß gegen einige Hauptangeklagte das Verfahren eingestellt worden ist. Der Angeklagte L. o. m. a. s. sagt hierzu: das läßt die Vermutung aufkommen, daß der Reichsanwalt genau weiß, wo die eigentlichen Täter sind.

Zu L. o. m. a. s. haben Sipso-Leute gesagt, daß ihnen Putzschuhere willkommen seien, weil es die Kampfschulung gäbe und sie vom Bürgerkrieg feindlich bedrängt würden.

Verteidiger Dr. Wolf ersucht festzustellen, ob das Verfahren gegen L. o. m. a. s. eingestellt sei, obgleich A. eine Quittung von 50 000 Mark für die militärische Oberleitung unterschrieben habe.

Der Angeklagte L. o. w. e. n. t. h. a. l. hat sich mit dem Auto zu schaffen gemacht und schließlich eine Orientierungsfahrt in die Umgebung mit unternommen.

Die Angeklagte Ehefrau St. o. s. hat eine öffentliche Versammlung geleitet, einige schriftliche Arbeiten vertrieht und schließlich an einer Autofahrt teilgenommen.

Der Angeklagte G. a. r. t. h. m. a. n. n. hat sich ebenfalls an dieser Fahrt beteiligt. Als erster Zeuge tritt der Untersuchungsrichter M. ü. g. e. l. E. b. e. r. s. e. l. b. auf. Er hat die Angeklagten benommen. Er gestattet sich sofort Bemerken über die Angeklagten abzugeben, wird aber vom Präsidenten darauf verwiesen, daß das nicht seine Sache sei.

Er gehört anscheinend zu der Art Untersuchungsrichter, die nicht untersuchen, sondern, wenn es sich um einen Angeklagten handelt, Schuldige zu „machen“ suchen. Bei seiner Vernehmung enthüllt sich mehr und mehr ein Inzeststand.

Als die Verteidiger einige Fragen bezüglich der Art seiner „Vernehmung“ stellen, gerät er erschrocken in Verlegenheit. Er gibt zu, daß die Aussagen der Angeklagten nicht mit ihren Worten, sondern in der eigenen Ausdrucksweise abgefaßt hat.

Der Angeklagte L. o. m. a. s. erinnert: den Zeugen daran, daß er ihm genaue Angaben gemacht habe, bezüglich der Inzestoren des ganzen Putsches.

Der Rapp-Schreiber, Oberleutnant Jordan-Magdeburg, seit jetzt in Eberfeld eine umfangreiche Spitzelzentrale, in Verbindung mit dem Bürgererrat.

Der in seine Zelle gelegte Spitzel, der einzige Strafgefangene in der Anstalt, habe hohe Summen von dieser Anstalt erhalten, und Thomas ausfragen sollen. Er habe ein ausführliches und treffendes schriftliches Beweismaterial und auch schon diesbezügliche schriftliche Eingaben gemacht.

Das war eine Ansetzung im Saal! Da, da großer Soldat Herger und Tramer! Viele aber wollten es nicht glauben. Der Rechtsanwalt konnte es nicht länger aushalten. Er

um Arbeiter handelt, Schuldige zu „machen“ suchen. Bei seiner Vernehmung enthüllt sich mehr und mehr ein Inzeststand.

Als die Verteidiger einige Fragen bezüglich der Art seiner „Vernehmung“ stellen, gerät er erschrocken in Verlegenheit. Er gibt zu, daß die Aussagen der Angeklagten nicht mit ihren Worten, sondern in der eigenen Ausdrucksweise abgefaßt hat.

Schließlich stellt sich heraus, daß sich bei der Angeklagten Frau St. o. s. eine Person als ihr angeblicher Verteidiger eingeschlichen hat, die in Wahrheit nicht ihr Verteidiger war.

Der Angeklagte L. o. m. a. s. erinnert: den Zeugen daran, daß er ihm genaue Angaben gemacht habe, bezüglich der Inzestoren des ganzen Putsches.

Der Rapp-Schreiber, Oberleutnant Jordan-Magdeburg, seit jetzt in Eberfeld eine umfangreiche Spitzelzentrale, in Verbindung mit dem Bürgererrat.

Der in seine Zelle gelegte Spitzel, der einzige Strafgefangene in der Anstalt, habe hohe Summen von dieser Anstalt erhalten, und Thomas ausfragen sollen. Er habe ein ausführliches und treffendes schriftliches Beweismaterial und auch schon diesbezügliche schriftliche Eingaben gemacht.

3. Verhandlungstag. Bei der weiteren Vernehmung des Untersuchungsrichters M. ü. g. e. l. E. b. e. r. s. e. l. b. will dieser Zeuge nichts davon wissen, daß die Angeklagten inebendern Thomas, im Gefängnis bespitzelt wurden!

Es werden dann die Gerichtsarzte als Sachverständige benommen, um über die Zurechnungsfähigkeit Aussagen zu machen. Aber sie reden beide nie und wissen beide wenig. Jedenfalls sind sie sehr zurückhaltend, denn was sie eigentlich ausfragen müßten, würde sie in den Geruch der Arbeiterreue bringen, sie „stellen fest“, daß keiner der Angeklagten ohne freien Willen gehandelt und darum nicht voll verantwortlich sei.

Es wird dann noch der 19jährige Schlosser Schürmann, ein früherer Mitangeklagter als Zeuge benommen. Er hält jedoch bei seinerzeit gemachten Aussagen, durch die einzelne Angeklagte belastet worden sind, nicht ausrecht.

Da der Angeklagte Schröder nicht mehr verhandlungsfähig ist, und der Verteidiger den Antrag stellt, ihn aus der Verhandlung zu entlassen, beschließt der Senat, die Verhandlung auf Sonnabend früh zu vertagen.

Der Danziger Kommunistenprozeß.

Am 2. Verhandlungstag gegen die Danziger Kommunistischen Volksabgeordneten Schmidt und Rahn erfolgt die Vernehmung der Senatoren. Der Verteidiger Rosenfeld fragt den Zeugen Senator Schürmer, ob ihm eine Tatsache bekannt sei, die dafür spreche, daß am 4. August die Kommunisten einen Aufstand machen wollten.

„Nein,“ donnerte die Versammlung. „Keine Gnade! In's Gefängnis mit ihm!“ „Gnade!“ jammerte der Schuldige. „Nein!“ wurde geantwortet.

Der zweite Vizepräsident, der Abgeordnete Gehl, erklärt in seiner Vernehmung, daß er der Auffassung sei, daß die gesamten Vorgänge des 4. August ein von einigen deutschnationalen Abgeordneten und einigen Senatoren abgekartetes Spiel waren. Der Abgeordnete von Budzinski (Pole) gibt dieselbe Erklärung wie Gehl ab. Ebenso der Abgeordnete Langowski (Pole).

„Ja,“ antwortete er, „ich heiße — James Anderson!“ „Aber Sie James Anderson?“ antwortete er. „Ja,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er.

Der zweite Vizepräsident, der Abgeordnete Gehl, erklärt in seiner Vernehmung, daß er der Auffassung sei, daß die gesamten Vorgänge des 4. August ein von einigen deutschnationalen Abgeordneten und einigen Senatoren abgekartetes Spiel waren.

„Ja,“ antwortete er, „ich heiße — James Anderson!“ „Aber Sie James Anderson?“ antwortete er. „Ja,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er.

Der zweite Vizepräsident, der Abgeordnete Gehl, erklärt in seiner Vernehmung, daß er der Auffassung sei, daß die gesamten Vorgänge des 4. August ein von einigen deutschnationalen Abgeordneten und einigen Senatoren abgekartetes Spiel waren.

„Ja,“ antwortete er, „ich heiße — James Anderson!“ „Aber Sie James Anderson?“ antwortete er. „Ja,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er.

Der zweite Vizepräsident, der Abgeordnete Gehl, erklärt in seiner Vernehmung, daß er der Auffassung sei, daß die gesamten Vorgänge des 4. August ein von einigen deutschnationalen Abgeordneten und einigen Senatoren abgekartetes Spiel waren.

„Ja,“ antwortete er, „ich heiße — James Anderson!“ „Aber Sie James Anderson?“ antwortete er. „Ja,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er.

Der zweite Vizepräsident, der Abgeordnete Gehl, erklärt in seiner Vernehmung, daß er der Auffassung sei, daß die gesamten Vorgänge des 4. August ein von einigen deutschnationalen Abgeordneten und einigen Senatoren abgekartetes Spiel waren.

„Ja,“ antwortete er, „ich heiße — James Anderson!“ „Aber Sie James Anderson?“ antwortete er. „Ja,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er. „Nein,“ antwortete er.

Der zweite Vizepräsident, der Abgeordnete Gehl, erklärt in seiner Vernehmung, daß er der Auffassung sei, daß die gesamten Vorgänge des 4. August ein von einigen deutschnationalen Abgeordneten und einigen Senatoren abgekartetes Spiel waren.

Breslauer Nachrichten.

Mit Skizzen — gegen die Arbeiter.

Die Opposition der Breslauer Mitgliedschaft gegen das neue Programm, gegen ein Zusammengehen mit Zinnies, für eine Politik des Klassenkampfes, ist verflohen. In zwei großen Mitgliederversammlungen waren wohl noch einige Oppositoren, die aber die wurden nur vorgeschickt, damit die Mitgliederunterwerfung unter das „Akt von Görlitz“ nicht gar zu stark in die Erscheinung treten sollte. Die so große Parität, die von den SPD-Leuten den russischen Kommunisten und auch so oft vorgeführt wird, liegt, der Görlitzer Parteitag hat mit aller Offenheit festgestellt, daß die SPD nicht mehr eine Massenpartei der Arbeiter ist, sondern daß sie auch offiziell abgegangene ist vom Klassenkampfstandpunkt, weil sie ja mehrere Klassen vertritt, weil sie eingeschlossen ist auf die Zentrierung der kapitalistischen Gesellschaft, weil sie überall „dabei“ sein soll.

Die kommunistische Partei hatte für Donnerstag, den 6. Oktober, sechs öffentliche Volksversammlungen einberufen, um den Arbeitern die Gefahr zu zeigen, die sie bedroht, wenn sie weiter in der Partei der SPD einverstanden ist mit der jetzt befolgten Politik, mit dem Zusammengehen mit Zinnies. Die „Volkswacht“ hatte angekündigt, daß ihre Parteileitung von der Unmöglichkeit, mit Kommunisten zu diskutieren, überzeugt sei. Diese Behauptung ergibt sich ja mit dem Hauptinhalts der Parteipresse mit der Partei der Schlotbarone. In den Arbeiterquartieren waren Abteilungskomitees tätig, die unsere Plakate entfestigten. Trotz alledem waren unsere Versammlungen, von zweien abgesehen, gut besucht. Im Bergstetler sprach Abgeordneter Carpentier vor 300 Arbeitern; bei Schneider sprach Abgeordneter Rogg; bei Czner Genosse Ullrich.

Die Versammlung in den Zentral-Balkalen war trotz der Aufforderung der SPD-Leitung an ihre Mitglieder, den kommunistischen Versammlungen fern zu bleiben, gut besucht. Um 1000 Anwesende, darunter ein erheblicher Teil SPD-Arbeiter, waren erschienen, um den Ausführungen des Genossen Melzer über den neuen Verrat an Proletariat und die Verbrüderung mit der Stinnespartei zu lauschen. Eingangs der Versammlung wies Genosse Standke hin auf den Prozeß gegen unseren Genossen Klein und die traurige Rolle, welche hierbei die Breslauer politische Polizei gespielt hat, die durch ein Netz von Provokatoren und Lachspizeln Material gegen kommunistische Parteiführer zusammengetragen ließ. Die offenen und verdeckten Eingriffe des gewesenen Polizeipräsidenten Liebermann, sowie der Kriminalbeamten Loh und Kirten sind der beste Beweis für die „verfassungsmäßige“ Arbeit dieser Herren. Genosse Melzer schilderte in seinen mehr als einstündigen Ausführungen, wie sehr die SPD-Parteiführer in Theorie und Praxis verschiedene Wege gehen. Die gewaltigen Demonstrationen am 31. August unter der Parole: gegen die Reaktion, für den Schutz der Republik, und die Beschlüsse des Görlitzer Parteitages bilden einmal einen gewaltigen Widerspruch, den selbst der verbodrigste Sozialdemokrat nicht aus der Welt schaffen kann. Schon die Taktik der SPD-Führer in bezug auf unsere heutigen sechs Versammlungen zeigt deutlich deren Feigheit, gleichzeitig aber auch die Furcht, öffentlich Rede und Antwort zu geben. Der Sturm der Entrüstung unter den Massen der SPD, gegen den berüchtigten Görlitzer Ausschlußbeweis, der alles andere, wie sehr diese Herren den Wünschen der Arbeitermassen gerecht werden, nichts weiter als eine Kette inhaltloser Phrasen bilden die „Taten“ der SPD-Führer seit dem Parteitag vom 1. April 1913. Noch besser aber läßt sich die „revolutionsäre“ Einstellung derselben seit dem Bestehen der demokratischen Republik erkennen. „Vernichtung des Kapitalismus“, so steht es auf dem Papier, Erhöhung der Profite, Ausbeutung der arbeitenden Massen“, so diktiert die Partei der Zinnies und Zwergermann: so diktiert die Partei, welcher Schweidemann und Konjonten in Görlitz die Hände entgegenstrecken. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, der von den SPD-Leuten nicht ein wenig den Arbeitern als unbedingte Notwendigkeit hingestellt werden kann, bedeutet für die letzteren verminderte Arbeitsleistung bei gleichzeitiger Verminderung der Lebenshaltung, für die Bourgeoisie aber größere Profite, größeren Luxus usw. Genosse Melzer schilderte dann, wie die SPD, seinerzeit ohne jegliche Bedingung in die Regierung eintrat, wie aber gerade die Partei des Industriekapitals ihren Eintritt in die Regierung nur von bedeutenden Vorteilen für ihre Anhänger abhängig macht. Die Führer der SPD fürchten heute geradezu ein Aufsteigen der arbeitenden Massen; denn ein solches Aufsteigen würde unzulässig die Macht in die Hände der schaffenden Volks bringenden. Diese Macht aber anzunehmen, die Verantwortung dafür zu tragen, das trauen sich heut die Herren von Görlitz nicht zu. Lieber mag das Proletariat im Elend verkommen, wenn nur der Kapitalismus unangestastet und ihre eigene Ruhe nicht gefährdet wird. Die verschiedenen Lebensläufe der Arbeiter und das Verhalten der SPD- und Gewerkschaftsführer beweisen dies immer und immer wieder aufs neue. 60 Jahre lang hat die SPD, den Massen der revolutionären Klassenkampf gepredigt, heute, wo die Gelegenheiten günstiger denn je ist, sind die Massen — nicht reich dazu. Der Redner betont zum Schluß, daß eine dreijährige Aufbaumarbeit im sozialistischen Sinne auf keinen Fall größere Kapfen dem arbeitenden Volke auferlegt hätte, wie die so viel gepriesene Wiederaufrichtung des Kapitalismus.

In der Diskussion schilderte Genosse Kiebling von der SPD einige recht drastische Fälle des Verhaltens der Gewerkschaftsleitungen in Breslau, die sich bisher niemals entblödet haben, die Arbeitermassen an der Nase herumzuführen. Sie immer müssen die SPD-Gewerkschaften an, in der Diskussion meldete sich keiner von ihnen zum Wort. Genosse Melzer mußte in seinem Schlußwort die Ausführungen des Herrn Melzer, die sich aus dem Gewerkschaften, infolgedessen zurückweisen, daß nur dort, wo die Massen sind, auch nur die Massen erobert werden können. Nicht entfernt aus dem Gewerkschaften, sondern eine Revolutionierung derselben lautet unsere Parole. Nach einigen treffenden Schilderungen über England und das russische Proletariat fand unter lebhaftem Beifall der Versammlung die Versammlung ihr Ende, mit deren Worten wir Kommunisten, trotz dem Gegeist der Breslauer SPD-Führer und der „Volkswacht“, keineswegs zufrieden sein können.

Wahl-Sitz. Vor etwa 150 Personen sprach im Gesellschaftssaal „Apollo“ Genosse Hamann, Angehender von dem Verrat der SPD bei Ausbruch und Verlauf des Weltkrieges, lehrte Redner auf die verflohenen Klassenübergänge zu sprechen und bewies an Hand der tschechischen Folgen dieses Zusammengehens der SPD mit bürgerlichen Parteien, daß eine solche Regierung niemals imstande ist, im Interesse des Proletariats zu wirken. Er schilderte weiter die Folgen der Annahme des Sanktionen Urnennens, die trotz anfanglich scherzhafter Bemerkungen der SPD- und Gewerkschaftsführer, nur ein einziges und alles vom Proletariat getragen werden sollen. Der jüngste Parteitag der SPD in Görlitz hat durch den Beschluß: „Koalition mit der DDP“ oder dergleichen Verrätern an Sozialist die Krone angelegt. Die SPD hat beschlossen, mit der Partei des Großkapitals, mit den Räubern an den 1-jährigen Rücken der Zinnies, zusammen in die Regierung zu gehen. Die Sozialdemokraten werden Klassenkampf treiben in der Regierung mit der DDP, die bei den letzten Wahlen die Parole herausgab: „Von wem sollen wir noch hoffen“ sei allein die Deutsche

Volkspartei.“ Redner forderte die anwesenden Sozialdemokraten auf, Sturm zu laufen gegen diesen verbrecherischen Beschluß. Nichts ist zu erreichen für die Arbeiterklasse in einer Koalitionsgewinnung. Das hat der Prozeß gegen unseren Sekretär Klein gezeigt. Fort hat die politische Polizei ihre wilhelminische Gesinnung keineswegs entlassen und ein Zumpfen von Korruption sondergleichen ist zutage getreten. Und so, wie mit der Polizei, steht es mit der gefürchteten höheren Beamtenschaft, trotzdem die SPD schon jahrelang mit in der Regierung sitzt. Darum muß die Masse des Proletariats die Führer abwählen, Ernst zu machen im Kampf für die Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht.

Die neuen Eisenbahnfahrpreise.

die im Eisenbahnenpersonenverkehr zum 1. Dezember in Kraft treten sollen, sind jetzt festgestellt. Danach beträgt der Mindestbetrag für die Entfernung von 1-5 Kilometer: für die 1. Klasse 3,90 M., für die 2. Klasse 2,30 M. und für die 3. Klasse 1,30 M., für die 4. Kl. 1 M. Der Preis für die billigste Militärfahrkarte beträgt nach der Erhöhung für Entfernungen bis zu 8 Kilometer 0,50 M., für die Beförderung von Hundten wird 1,30 M. bis zu 10 Kilometer verlangt, während die Fracht für 10 Kilogramm Erpreßgut bis zu 10 Kilometer 0,48 Mark beträgt. Die Preise der Schnellzugzuschlagskarten werden ab 1. Dezember betragen: für die 1. Zone (bis zu 75 Kilometer Entfernung) in der 1. und 2. Klasse 10 M., in der 3. Klasse 5 M., für die 2. Zone (75-150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 20 M., in der 3. Klasse 10 M., und für die 3. Zone (bei Entfernungen über 150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 30 M. und in der 3. Klasse 15 M.

Aus der Provinz.

Landarbeiterversammlungen.

Die Ortsgruppe Rieth hatte für den 5., 6. und 7. Oktober drei öffentliche Versammlungen auf dem Lande vorbereitet, die teils sehr gute Stimmung aufwiesen. In Porta war der Besuch zwar schwach, doch folgten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten Gen. Gräf, der das Thema: „Die neuen Steuern und die Landbevölkerung“ behandelte, mit großem Interesse. Ein alter Herr, Mitglied der SPD., fand es für angebracht, die alten Kamellen über die SPD. aufzuwärmen, mußte aber erleben, daß er mehrmals beim Lügen ertrappt wurde. Er wollte erst nur als kleiner Landwirt reden, doch verriet er durch den Besitz seiner sozialdemokratischen Parteiforen seine Herkunft und mußte nachher zugeben, Funktionär der SPD. zu sein. Also nicht einmal den Mut haben diese Leute, wenn sie gegen uns aufzutreten, im Namen ihrer Partei zu sprechen. Wir gewährten diesem „Genossen“ dreimal unbeschränkte Redezeit. Als nun Gen. Gräf sein Schlusßwort halten wollte, versuchte dieser Ehrenmann unsere Versammlung zu sprengen, was aber nicht den gewünschten Erfolg hatte.

In Dießla bei Rieth war die Versammlung durch die Diskussion eines Arbeiters, der Mißstände auf dem Gute Dießla zur Sprache brachte, äußerst interessant und wollte die Versammlung durch die vielen gestellten Fragen kein Ende nehmen. Wir haben Vertrauensleute gewonnen.

In Müda war die Versammlung von über 80 Personen besucht und stimmten die Versammelten den Ausführungen des Gen. Gräf begeistert zu. Zur Diskussion sprach niemand, wohl aber stellten die Mitglieder der SPD. viele Fragen, wie z. B.: Warum stimmen die Kommunisten mit den Sozialdemokraten zusammen? Alles Fragen, die zeigen, mit welchen Mitteln die SPD. versucht, die SPD. zu belächeln. Als Gen. Gräf dem Fragesteller die richtige Antwort gab, rief er zwischen: „Die Kommunisten werden von den Sozialdemokraten bezahlt!“ Was dazu führte, daß er nach gebührender Belehrung nicht mehr wagte, auf die Frage des Referenten, ob er es aufrecht erhalte, daß die SPD. von der Reaktion bezahlt werde, zu antworten. Die Versammlung war ein voller Erfolg für uns. Auch hier haben wir die Verbindung mit dem Landproletariat aufgenommen.

Aus dem Waldenburger Revier.

„Lufthemoral.“

Vor dem Krieg gab der Reichsverband zur Bekämpfung der SPD. in Waldenburg eine Zeitung „Der Feiertag“ heraus, die in der allergeringsten Form die Arbeiterbewegung bekämpfte. Jedes Mittel war diesen bezahlten Agenten recht, das Gift der persönlichen Verleumdung, die heimlichen Intriguen, die tausendmal widerlegten Lügen wurden immer wieder benutzt, um die verhasste SPD. anzupöbeln. Dieselben Methoden, die früher der Reichsverband gegen die Sozialisten anwandte, wendet heute die „Bergwacht“ gegen die Kommunisten an. Paul Lischer, einer der üblichen gewissenlosen Demagogen, vor denen August Bebel die Arbeiterklasse warnt, einer von denen, die zu dumm sind zu faul sind, um die kommunistische Idee zu erfassen, lenkt in seinem blinden Haß gegen die Kommunisten keine Grenzen. In Nr. 24 der „Bergwacht“ warnt er die Arbeiter, in dem bei diesen Demagogen selbstverständlichen Sautone, anders kann dieser Mensch nicht schreiben, vor den kommunistischen Arbeiterverrätern. Aus Interesse an der Wahrheit stellen wir folgende Tatsachen fest: Bille war niemals Mitglied der SPD. sondern der USP., Genosse Brandt, der auf die feige Denunziation von Lischer und Wendemuth von der Polizei wie ein Tier gehetzt wurde, ist noch heute Sekretär der SPD. in Norddeutschland. Wenn Lischer etwas Positives von Brandt weiß, dann heraus damit! Wir wissen, daß ein Lischer nicht wert ist, einem Brandt die Schulriemen zu lösen. Konczny ist aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er entgegen den Beschlüssen der Partei, die unsere Mitglieder verpflichten, in den Gewerkschaften zu arbeiten, für die Unions agitierte. Konczny ist nie ein Spitzel gewesen. Die Erklärung unseres Genossen Simon, daß ihm ein Datum unterlaufen ist, genügt für jeden anspruchsvollen Menschen, nur für Lischer nicht. Jedemfalls ist Konczny nicht wegen unehrenhafter Motive aus der Partei ausgeschlossen. Was steht die Arbeiterbewegung zu hoch, um an den Schwanz, der sich in der SPD. abspielt und der uns genau bekannt ist, anzuhängen. Wir begnügen uns heute bloß mit einigen Andeutungen. In der Redaktion der „Bergwacht“ bekannt, warum „Blöff“ im Jahre 1912 gegen Bismarck-Länder von Breslau-Ost wurde. Der Herr Landrat Schönberg, der diese Gründe genau so gut wie wir kennt, wird genau Auskunft darüber geben. In der Redaktion bekannt, warum „Blöff“ der Geschäftsführer in der „Breslauer Volkswacht“ geändert wurde. Der in Berlin wohnende frühere Stadteroberste wird die Redaktion gern aufklären. Weiß die Redaktion, warum „Blöff“ ein Redakteur (Alteit) der „Volkswacht“

nach der Schweiz flüchtete. Wie diesen Herrn Wendemuth, sich bei dem Redakteur Paul Lische darüber zu erkundigen. Wer gibt überhaupt der SPD. das Recht, über uns Moral zu richten. Den Herren ist es doch bekannt, daß die in der Kriminalpolizei arbeitenden sozialdemokratischen „Genossen“ uns Spitzel senden. Früher machte das Bismarck, Resco von Puttkammer, heute sind es die „Genossen“ Höring, Sebering. Aber was ist die Lat ging's Wille, die wir auf das allerschärfste verurteilen, gegen die Brutalität eines Noske, der trotz seines 27-jährigen Mitgliedsbuches, Tausende von Proletariern auf dem Gewissen hat. Was ist sie gegen die Tat eines Wynnig, der ein Buch, das er Bebel widmet, gegen den Militarismus schreibt, um sich beim Kapp-putsch offen auf die Seite der Deutschnationalen zu stellen. Wir empfehlen der Redaktion der „Bergwacht“, lieber ihr Augenmerk auf die noch heute in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei findenden deutschnationalen Führer zu richten. Oder ist vielleicht der Stinnesprofessor Lensch weniger national als sein Freund Helfferich. Hat die SPD. wirklich ihre unzähligen Renegaten, die Marenbrecher, Calver, Bloch usw. vergessen. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, von ihrer Todesstunde am 4. August 1914, wo sie ein „Vaterland“ in der Stunde der Gefahr nicht im Stich ließ, bis Görlitz ist eine Kette des fortgesetzten Arbeiterverrats. Sozialisten, die sich mit Monarchisten verbünden, haben aufgehört, Sozialisten zu sein.

Leute, die so ihre Pflicht vergessen, haben kein Recht, von Arbeiterverrätern zu sprechen. Wir identifizieren die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht mit ihren pflichtvergessenen Führern. Aber das Mindeste, was wir von ihnen verlangen, ist, daß sie ihre Partei, bevor sie über uns schimpfen, selbst von allen unsauberen Elementen reinigen. Ein Paul Lischer, der nur Arbeiter gegen Arbeiter streupellos hebt, der ein Parvenü über selber Art ist, gehört nicht in die Redaktion einer Arbeiterzeitung. An unsere Genossen aber ergeht die Aufforderung, zehnfach zu arbeiten, jeden Arbeiter aufzuklären, damit sie bald in der Lage sind, eine eigene Zeitung herauszugeben, die nicht wie die pflichtvergessene „Bergwacht“ gegen die Arbeiterschaft, sondern gegen das Unternehmertum kämpft.

Rehnwasser-Schulstreich. Bei einer Reparatur an Wettertürnen wurde der Zimmermann Karl Mätesch durch rollende Kohlenwagen angedrückt. In schwerem, teilweise komaartigen Zustande wurde er in das Knappschäftlazarett gebracht.

Rote Hilfe.

Weiter gingen ein: Gen. Schönfelder 1 Pf. Brotmarken, Ortsgruppe Landesbut 3 Pf. Brotmarken, Gen. Höserich, Breslau, 12 Pf., Gen. Schneider, Breslau, 72 Pf., durch Gen. Strelno und „Schlef. Arb.-Ztg.“ 5 1/2 Pf. Brotmarken.

Sammlung in Michelwitz durch Grimm 2,- M.; Angestellte der SPD. Schlesien 450,- M.; Liste 157 Ortsgruppe Reichsbach 10,- M.; Ueberschuf Versammlung Striegau 55,15 M.; durch „Schlef. Arb.-Ztg.“ 19,- M.; Gen. Gen. Breslau, 10,- M.; Liste A. 23 Ortsgr. Breslau 66,- M.; Liste 39 329 Ortsgr. Landesbut 20,50 M.; 39 333 Ortsgr. Landesbut 13,- M.; 39 276 Ortsgr. Alt-Bähig 48,70 M.; 39 277 Ortsgr. Alt-Bähig 17,50 M.; 39 278 Ortsgr. Alt-Bähig 9,- M.; 39 283 Ortsgr. Alt-Bähig 14,60 M.; 39 285 Ortsgr. Alt-Bähig 27,40 M.; 39 505 Ortsgr. Reichsbach 30,- M.; 39 502 Ortsgr. Reichsbach 22,- M.; 39 488 Ortsgr. Striegau 89,- M.; Liste 5223 Ortsgr. Breslau 210,- M.

Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksleitung Schlesien. Abteilung Rote Hilfe.

Rußland-Hilfe.

Rußland-Hilfe-Marken wurden verkauft: Ortsgruppe Sandberg 140,- M.; Ortsgruppe Altwasser 900,- M.; Ortsgr. Nieder-Salzbrunn 455,- M.; Ortsgr. Liebau 280,- M.; Ortsgruppe Ober-Hermendorf 400,- M.; Ortsgr. Weitzstein 900,- M.; Ortsgr. Ranze 80,- M.; Ortsgr. Landesbut 500,- M.; Ortsgruppe Sagan 850,- M.; Ortsgr. Brieg 9,- M.; Ortsgr. Breslau 1000,- M.; Ortsgr. Freiburg 900,- M.; Ortsgr. Reumarkt 145,- M.; Ortsgr. Breslau 500,- M.; Ortsgr. Rehnwasser 295,- M.; Ortsgr. Waldenburg 360,- M.; Unterbezirk Waldenburg 1500,- M.; Ortsgr. Hirschberg 300,- M.; Ortsgr. Gahnau 35,- M.; Ortsgr. Schmiedberg 42,- M.; Ortsgr. Striegau 147,- M.; Ortsgr. Breslau 200,- M.; Ortsgruppe Breslau 185,50 M.; Ortsgruppe Breslau 700,- M.; Ortsgruppe Landesbut 400,- M.; Ortsgr. Ederstorf 30,- M.; Ortsgr. Felshammer 100,- M.; Unterbez. Waldenburg 1800 M. Auf Listen wurden gesammelt: Feinreich, Breslau, 40,- M.; Ortsgr. Ranze 13,- M.; Ortsgr. Striegau 445,- M.; Ortsgr. Geilsdorf 357,50 M.; Hochzeit Ehrlich, Breslau, 50,- M. — Befundet weiter gute Solidarität für Rußland und sammelt.

Bezirks-Hilfskomitee Schlesien
des Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlags- und Druckerei: Verlags- und Druckerei, Berlin SW 48, Tel. Pöschel 1936 und 1937.

Für Nerven-Kranke!

Anzeigen

haben in der „Schles. Arbeiterzeitung“ den größten Erfolg.

Knoten, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten **Nachtenbitt** in 8 bis 14 Tagen.
Lehrmeister **Hambrecht**, Eine Flasche kostet Preis 25 Mark.
F. Müller, Optiker, Bremen, Große Krümmenstraße 23.
Sprachstunden: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

Sie bestelle hiermit Exemplar der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Mitglied der Kommunistischen Internationale.)

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementpreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.

Name: _____

Beruf: _____

Ort: _____

Str.: und Hausnummer: _____